

Haushalt 2019

Ich möchte meine Ausführungen mit einem Zitat des ehemaligen Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel, beginnen. Dieser sagte einst: „Schütz’ uns vor Rheuma, Grippe, Gicht und vor der Kommunalaufsicht“. Wenn auch lustig gereimt, so steckte damals eine ernste Aussage dahinter, die auch heute – viele Jahre später – immer noch Bestand hat. Betrachtet man sich den Haushaltsplan für das Jahr 2019, so drängt sich die Frage auf, wie die zuständige Aufsichtsbehörde diesen bewerten wird.

Ein Blick auf die nackten Zahlen stimmt nachdenklich. Der Haushalt 2019 weist einen Jahresfehlbetrag von rund 2,6 mio. € im Ergebnishaushalt aus. Im Finanzhaushalt ergibt sich ein Defizit von rund 4,6 mio. €. Dieses wird zum einen durch Kreditaufnahmen für die zu tätigen Investitionen und zum anderen durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten bei der Verbandsgemeinde gedeckt werden. Das Eigenkapital der Stadt Weißenthurm wird sich voraussichtlich auf 12,7 mio. € verringern und wahrscheinlich in den nächsten Jahren weiter abnehmen. Zusammengefasst zeigt dies, dass die finanzielle Situation der Stadt weiterhin angespannt bleibt. Die Gründe sind schnell gefunden:

Die Erträge sind rückläufig, was im Wesentlichen auf einen Rückgang der Gewerbesteuer zurückzuführen ist. Es wird mit Mindereinnahmen von 545.000 € im Vergleich zum Vorjahr gerechnet. Der Grund für den Einbruch der Gewerbesteuer ist noch nicht ganz klar, hier kann nur spekuliert werden, dass Verlagerungen bei einem großen Gewerbesteuerzahler ursächlich sind. Erfreulicherweise entwickeln sich die Einnahmen aus Grund- und Einkommensteuer leicht positiv. Hierbei

muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Fortbestand der Grundsteuer noch offen ist. Systembedingt folgt aber leider auf eine gestiegene Steuerkraft der Verlust von Zuwendungen, hier konkret der Schlüsselzuweisung A.

Im Bereich der Aufwendungen ist festzustellen, dass die Umlagen an Kreis und Verbandsgemeinde sehr stark, um rund 1,8 mio. € ansteigen. Hier schlägt – wieder systembedingt – das sehr gute Jahr 2017 zu Buche. Die Umlagen belaufen sich auf 6.923.000 €. Diesem Betrag stehen geplante Einnahmen aus Steuern und Abgaben von 7.037.000 € gegenüber. Somit verbleiben bei der Stadt sage und schreibe 114.000 €. Damit wird sehr schnell deutlich, dass die Stadt Weißenthurm nicht in der Lage sein kann, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Trotz strenger Kostendisziplin übersteigen im Ganzen betrachtet die Ausgaben deutlich die Einnahme, so dass unter diesen Voraussetzungen ein ausgeglichener Haushalt nicht zu erreichen ist.

Zum vorgelegten Investitionsplan ist festzuhalten, dass die Investitionen auf ein Minimum reduziert wurden und nur die unbedingt notwendigen Maßnahmen in Angriff genommen werden. Die größten Posten sind 1,1 mio. € für den Grundschulbau, 800.000 € für den Bau des neuen Kindergartens und 365.000 € für den Erwerb eines Vorratsgrundstückes, falls ein weiterer Kindergartenneubau notwendig werden sollte. Alles Maßnahmen, die man als Investitionen in die Zukunft bezeichnen kann und die unabwendbar sind. Die weiteren Maßnahmen sind mit Maß und Ziel geplant und zeugen von der strengen Kostendisziplin, die sich die Stadtspitze auferlegt hat.

So viel zum reinen Zahlenwerk. Glücklicherweise kann man darüber nicht sein, und das, obwohl sich die Stadtspitze hier kein Fehlverhalten vorwerfen lassen muss. Die Fehler wurden an anderer Stelle gemacht, bzw. die Ursachen der angespannten Haushaltssituation sind an anderer Stelle zu suchen. Wir kennen alle das Sprichwort „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen“. Dies gilt schon lange nicht mehr. Insbesondere das Land Rheinland-Pfalz, aber auch der Bund, übertragen immer mehr Aufgaben auf die Kommunen. Eine angemessene finanzielle Ausstattung bleibt jedoch aus. Der überwältigende Teil der Investitionsausgaben im Haushalt fußt auf Pflichtaufgaben, bei denen die Stadt keinen Spielraum hat.

Vertreter von Bund und Land mögen sich dafür feiern lassen, dass sie gebührenfreie Kindergärten oder auch betreute Grundschulen eingeführt haben. Dies mag auch von den Bürgern so gewollt sein, aber Leidtragende dieser Politik sind die Haushalte der Kommunen. Diese Maßnahmen verlangen den Kommunen riesige Investitionen ab; Geld für eigene Ideen bleibt damit Mangelware. Dass Bund und Land dies rechtfertigen, indem sie auf Zuschüsse aus ihren Haushalten verweisen, ist oft ein Feigenblatt, da der Gesetzgeber zum Beispiel bei Zuschüssen im Kita-Bereich zwischen Neubauten und Ersatzbauten unterscheidet. Da unser neuer Kindergarten unter Ersatzbau fällt, werden somit leider kaum Zuschüsse fließen. Bei manchen Ausgaben kann man bereits an der Sinnhaftigkeit der Aufgabe zweifeln, die man aufgedrückt bekommt. Wieso muss ein teurer überdachter Pausenunterstand an Schulen errichtet werden, wenn man jahrzehntlang mit Kapuze und Regenschirm auskam, um nur ein Beispiel zu nennen. Aufgrund solcher auferlegten Pflichtaufgaben, geht die Möglichkeit, im Rahmen der Selbstverwaltung Gestaltungen vorzunehmen, gegen Null. Es wäre schön, wenn sich Bund und Land nicht nur für ein gutes Kita-Gesetz und

ähnliches feiern lassen würden, sondern vielmehr ein dringend benötigtes gutes Kommunalentlastungsgesetz auf den Weg bringen würden.

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich nochmal ein Sprichwort bemühen, dieses Mal ein chinesisches, wonach es heißt: „Bei ruhigem Wetter kann jeder leicht Steuermann sein“. Da von ruhigem Wetter bei uns nicht die Rede sein kann, möchte ich hier unsere Stadtspitze ausdrücklich loben. Ihr ist es trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation wieder gelungen, alle notwendigen Maßnahmen in die Planung aufzunehmen, das Vermögen der Stadt in ordentlichem Zustand und den Bürgern eine lebenswerte Stadt zu erhalten. Die CDU-Fraktion wird daher dem Haushalt 2019 uneingeschränkt zustimmen.